

DEUTSCHES

MENSCHEN & MÄRKTE, MASCHINEN, METHODEN, MATERIAL
die auflagenstarke Bauunternehmer-Zeitung

BAU BLATT

August 2008 35. Jahrgang, Nr. 338

MIT BAUGERÄTEMARKT

Tunnelbau mit Einschränkung

Bahnbaustellen dürfen nur in Ausnahmefällen den Zugverkehr beeinträchtigen. Deswegen sind die Bauarbeiten an und rund um die Gleise mit hohen Auflagen verbunden und müssen meist nachts in Angriff genommen werden. So war es auch, als die Franz Kassecker GmbH den 494 Meter langen Ennericher Tunnel aus dem Jahr 1882 nordwestlich von Frankfurt sanierte. Das marode zweigleisige Bauwerk erschwerte die Bauarbeiten jedoch noch aus einem anderen Grund: Der Tunnel weist eine fast runde Querschnittsform mit einer lichten Weite von 8,08 Meter und einer lichten Höhe von 9,56 Meter auf. Weil der Aktionsradius der Baumaschinen sehr eingeschränkt war, war dies ein Fall für einen Cat-Kurzheckbagger. Mit welchen Herausforderungen das Bauunternehmen noch zu kämpfen hatte, erfahren Sie auf [Seite 18](#)



Foto: Franz Kassecker GmbH

Ausweispflicht für Wohngebäude

Noch sind Mängel und Unsicherheit bei dem seit 1. Juli gültigen Energieausweis weit verbreitet

GARCHING BEI MÜNCHEN (SR). Die Zukunft liegt im Klimaschutz. Mit dem Beschluss zum zweiten Teil des Integrierten Energie- und Klimaprogramms hat die Bundesregierung neue Gesetze auf den Weg gebracht, welche insbesondere Bauherren sowie die Bau- und Immobilienbranche betreffen: Danach werden ab 2009 die Mindestanforderungen an den Energiebedarf von Neubauten und sanierten Altbauten durch eine Überarbeitung der Energieeinsparverordnung (EnEV) verschärft, welche seit Jahren Teil des deutschen Baurechts ist. Doch bereits seit Anfang Juli gibt es für Hauseigentümer und Bauherren eine grundlegende Neuerung, die aus der verabschiedeten EnEV aus dem Jahr 2007 resultiert: So müssen Eigentümer von Wohngebäuden, die bis Ende 1965 erbaut wurden, Miet- und Kaufinteressenten einen Energieausweis vorlegen. Rund acht Millionen Gebäude in Deutschland sollen davon betroffen sein. Allerdings weist der Ausweis noch einige Mängel auf und es herrscht noch immer Unsicherheit darüber, wer ihn ausstellt, weist der Verband Privater Bauherren (VPB) hin.

Der Energieausweis verdeutlicht, ob das Gebäude einen hohen oder niedrigen Energieverbrauch erwarten lässt – ob es

im roten oder im grünen Bereich liegt. So soll der Ausweis Auskunft über den energetischen Zustand eines Gebäudes

geben und für mehr Information und Transparenz sorgen. Das ermöglicht Verbrauchern, verschiedene Objekte bundesweit miteinander zu vergleichen. Zudem enthält der Ausweis Vorschläge für sinnvolle Sanierungsmaßnahmen, die den Energieverbrauch deutlich senken können. Ab dem 1. Januar 2009 gilt diese Pflicht dann auch für Besitzer jüngerer Wohngebäude. Besitzer von Baudenkmalen benötigen gar keinen Energieausweis.

Laut einer Umfrage von dem Immobilienportal im Internet, Immowelt.de, weiß jedoch ein Großteil der befragten Mieter über die Möglichkeiten der Regelung nicht Bescheid. Weil der Ener-

gieausweis für viele, aber nicht für alle Altbauten Pflicht ist, hat die komplexe Verordnung vor allem bei älteren Hauseigentümern für Irritationen gesorgt. Sie haben oft keinen Internetanschluss, sind deshalb schlecht über das Thema informiert und erfahren nur schwer, wer einen Ausweis ausstellen kann und darf, stellt der Verband Privater Bauherren (VPB) fest. „Seit einigen Wochen beobachten wir Geschäftemacher, die versuchen, die Unwissenheit vieler Hausbesitzer über den Energieausweis auszunutzen und ihnen im Gespräch darüber angeblich notwendige Maßnahmen aufzuschwatzen“, kritisiert Thomas Penningh, Vorsitzender des VPB.

Fortsetzung nächste Seite

Wir brauchen Einsicht statt einen Öko-Zwang

Ein Kommentar von Sonja Reimann

Muss man die Bürger in Deutschland zum Klimaschutz zwingen? Wenn es nach Marburg geht, dann fällt die Antwort eindeutig mit einem ja aus. Die hessische Universitätsstadt macht als erste Stadt Deutschlands vor, was vielleicht schon bald anderswo folgen könnte: Solaranlagen werden Pflicht. Ab 1. Oktober müssen alle Bauherren bei Neubauten auf ihrem Dach Sonnenkollektoren installieren. Selbst Eigentümer bestehender Gebäude sind von der umstrittenen Solarsatzung nicht ausgenommen. Wird das bestehende Dach ausgebaut, müssen sie in Solarzellen investieren, ansonsten werden bis zu tausend Euro Geldstrafe fällig. Was für Marburg zählt, ist Vorreiter zu sein und auf der Öko-Welle oben auf zu schwimmen.

Fakt ist: Die Stadt geht bei einem durchschnittlichen Einfamilienhaus mit mindestens viertausend Euro Belastung aufgrund der Kosten für eine Solaranlage aus. Vor Mehrausgaben beim Häuslebau

wird in Marburg wohl niemand gefeit sein. Es sei denn, die Bürger bauen und planen ihr Traumhaus erst gar nicht. So kann man regionale Baufirmen und Handwerker natürlich auch in den Ruin treiben.

Kritiker werfen Marburgs SPD, Grüne und Linke, welche die Verordnung im Stadtparlament beschlossen haben, bereits schwere Eingriffe in die Eigentumsrechte der Bürger vor. Statt den Bürgern selbst ihre Entscheidung zu überlassen, wie sie bauen wollen, werden sie zu Investitionen gezwungen. Ob sie wollen oder nicht, ob es zur Architektur passt und ökonomisch sowie ökologisch sinnvoll ist, sei erst einmal dahin gestellt. Nur gut, dass darum auch das Regierungspräsidium Gießen als Aufsichtsbehörde bei der Marburger Satzung noch ein Wörtchen mitzureden hat. Noch kann sie den Plänen der Stadtväter einen Strich durch die Rechnung machen und die Zustimmung zu dieser Satzung verweigern.

Staatlich verordnetes Energiesparen zieht immer weitere Kreise: Bürger sollen nicht

nur in Marburg auf regionaler Ebene per Verordnung zum langfristigen Umdenken angeleitet werden. Im Bundesland Baden-Württemberg wurde bereits im letzten Jahr ein Gesetz verabschiedet, bei dem Neubauten 20 Prozent der benötigten Wärme aus erneuerbaren Energien gewinnen müssen. Und bei dem vor kurzem vorgestellten Klimaschutzprogramm der Bundesregierung soll der Energieverbrauch um jeweils 30 Prozent reduziert werden. Dieses ambitionierte Ziel lässt sich allerdings nur mit gewaltigen Investitionen erreichen. Doch diese seien laut der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau (DGfM) aber so teuer, dass sie sich selbst in überschaubaren Zeiträumen auch dann nicht rechnen, wenn deutlich weniger Energie verbraucht wird. Die DGfM befürchtet einen drastischen Anstieg der Quadratmeterpreise für Wohnfläche und kommt zu dem Schluss, dass sich bald niemand mehr für Investitionen im Wohnungsbau entscheiden würde.

Ob die ordnungspolitischen Maßnahmen die Bürger zum Energiesparen über-

zeugen und zum Klimaschutz bewegt, ist mehr als fraglich. Denn mit Zwang erreicht man normalerweise gar nichts beziehungsweise genau das Gegenteil: Ablehnung und Blockade. Wir dürfen nicht zunichte machen, was sich angesichts gewaltig gestiegener Öl- und Gaspreise langsam in den Köpfen der Bevölkerung festsetzt: Wir müssen sparsamer mit unseren Energiereserven haushalten und auf alternative Energien umsteigen. Denn wie wichtig das Thema Energiesparen geworden ist, daran zweifelt niemand mehr. Mittlerweile haben ohnehin schon viele Hausbesitzer freiwillig Solarkollektoren installiert. Statt die Bürger einer Öko-Diktatur zu unterwerfen, wäre es besser, wenn sie von sich aus zur Einsicht kommen, dass in absehbarer Zukunft angesichts der immer knapper werdenden Ölvorkommen eine Umstellung auf ökologisches Bauen unausweichlich sein wird. Sind die Bürger bereits von sich aus überzeugt, brauchen sie keine künstlichen Anreize durch den Staat.

Themen:

Ausgetretene Pfade verlassen

„Jeden Tag ein bisschen besser zu werden, reicht heute gerade mal für einen Stehplatz im globalen Wettbewerb. Wir müssen einzigartig sein – eben alles, außer gewöhnlich“ – diesen Standpunkt vertritt Managementvordenker Dr. Peter Kreuz. In einem Interview erklärt der Beststeller-Autor und studierte Betriebswirt, warum Unternehmen Querköpfe unter ihren Mitarbeiter brauchen. Seine Antwort darauf: um sich von der breiten Masse abheben zu können. Nachzulesen sind seine Thesen auf [Seite 6](#)

Baumaschinen im Einsatz für die Umwelt

Umweltschutz beginnt bereits auf der Baustelle und zwar nicht erst mit dem Einbau von Sonnenkollektoren, Wärmepumpen oder ökologischen Baustoffen, sondern mit dem Einsatz von Baumaschinen. Schließlich geht es darum, möglichst wenig Kraftstoff zu verbrauchen, Lärm und Abgase zu reduzieren sowie die Geräte ökonomisch sinnvoll einzusetzen. Wie sich Caterpillar und Zeppelin auf den Umweltschutz einstellen und wie zum Beispiel Cat-Mobilbagger dazu beitragen, erfahren Sie auf [Seite 9](#)

Erster Siebengeschosser aus Holz weltweit

Berlin hat das gleiche Problem wie andere Großstädte auch: Familien bezahlbaren Wohnraum zu bieten. Doch mit dem weltweit ersten siebengeschossigen Mehrfamilienhaus in Holzbauweise hebt sich die Bundeshauptstadt von anderen Städten ab. Noch ist der Siebengeschosser aus Holz ein Unikat, das vielleicht schon bald Nachahmer findet. Wie das Bauwerk mit seiner Ressourcen schonenden Bauweise ein Zeichen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz setzt, darüber informiert ein Beitrag auf [Seite 24](#)

Was Messebesucher im Herbst erwartet

Im Herbst jagt eine Messe die nächste: erst steinexpo, dann die NordBau und GalaBau. Jede Fachmesse hat ihr eigenes Publikum und einen anderen Fokus: Während die steinexpo die Gewinnungsindustrie ins Visier nimmt, wendet sich die GalaBau an die Garten- und Landschaftsbaubetriebe. Dagegen ist die NordBau mehr breit gefächert und auf die Region im Norden Deutschlands gerichtet. Was Besucher auf den drei Baufachmessen unter anderem erwartet, lesen Sie auf [Seite 28](#)

LOGISTIK	17
BAUSCHÄDEN	19
FASSADE	20
BRANDSCHUTZ	21
NACHHALTIGES BAUEN	22
IMPRESSUM	28